

S t a d t H a a n
Niederschrift über die
17. Sitzung des Rates der Stadt Haan
am Dienstag, dem 24.10.2023 um 17:00 Uhr
in der Aula des städt. Gymnasiums Haan, Adlerstr. 3

Beginn:
17:00

Ende:
19:50

Vorsitz

Bürgermeisterin Dr. Bettina Warnecke

CDU-Fraktion

Stv. Dr. Edwin Bölke
Stv. Annette Braun-Kohl
Stv. Vincent Endereß
Stv. Gerd Holberg
Stv. Tobias Kaimer
Stv. Jens Lemke
Stv. Annette Leonhardt
Stv. Klaus Mentrop
Stv. Folke Schmelcher
Stv. Rainer Wetterau

SPD-Fraktion

Stv. Felix Blossey
Stv. Walter Drennhaus
Stv. Jörg Dürr
Stv. Martin Haesen
Stv. Marion Klaus
Stv. Simone Kunkel-Grätz
Stv. Jens Niklaus
Stv. Bernd Stracke

WLH-Fraktion

Stv. Barbara Kamm
Stv. Meike Lukat
Stv. Tessa Lukat
Stv. Nadine Lütz
Stv. Sonja Lütz
Stv. Annegret Wahlers

GAL-Fraktion

Stv. Nicola Günther
Stv. Tabea Haberpursch
Stv. Andreas Rehm
Stv. Jochen Sack
Stv. Elke Zerhusen-Elker

FDP-Fraktion

Stv. Michael Ruppert
Stv. Hendrik Sawukaytis

Fraktionslose Ratsmitglieder

Stv. Harald Giebels
Stv. Monika Morwind
Stv. Ulrich Schwierzke

Schriftführung

StA Daniel Jonke

1. Beigeordnete

1. Beigeordnete Annette Herz

Verwaltung

StVD'in Doris Abel
StOVR Gerhard Titzer
StA Anja Esser
VA Dominic Büsselmann
StHS'in Simone Herweg

bis TOP 18 / 18:10 Uhr

Gleichstellungsbeauftragte

VA Nicole Krengel

Gäste

AM Robert Abel
Herr Alfred Babel
Herr Dr. Rolf Brockmeyer
AM Ulrich Klaus

Die Vorsitzende Dr. Bettina Warnecke eröffnet um 17:00 Uhr die 17. Sitzung des Rates der Stadt Haan. Sie begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Sie stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung:

Bgm'in Dr. Warnecke schlägt vor, im Anschluss an den vorgezogenen nicht öffentlichen Teil, zunächst die vorliegenden Dringlichkeitsanträge des fraktionslosen Stv. Giebels sowie den gemeinsamen Dringlichkeitsantrag der CDU, SPD, WLH, GAL und FDP zu beraten. *(Zur besseren Lesbarkeit werden die Anträge unter ihren eigentlichen TOPs 9.3 und 9.4 weiter hinten im Protokoll aufgeführt)*

Hierüber herrscht Einvernehmen unter den Ratsmitgliedern.

Weiterhin schlägt sie vor, nach der Einbringung des Stellenplans, über die Änderung der Hauptsatzung im öffentlichen Teil abstimmen zu lassen.

Hierüber herrscht ebenfalls Einvernehmen unter den Ratsmitgliedern.

Stv. Rehm verweist auf eine Info-Mail des Planungsamtes des Kreises Mettmann vom 23.10.2023 bezüglich der Absage des Bundesamtes für Logistik und Mobilität zur Förderung der Stärkung des ÖPNV. Dadurch sei der TOP 12 „Vorbereitung einer Förderantragstellung des Kreises Mettmann im Bundesprogramm „Modellprojekte zur Stärkung des ÖPNV““ obsolet und könne von der Tagesordnung genommen werden.

Auch hierüber herrscht Einvernehmen unter den Ratsmitgliedern.

Weitere Anträge zur Tagesordnung liegen nicht vor.

Öffentliche Sitzung

1./ Befangenheitsmitteilungen

Protokoll:

Bgm'in Dr. Warnecke weist auf ihre Befangenheit zu TOP 21 „Entlastung der Sparkassenorgane“ hin. Ebenso sind dort alle weiteren Mitglieder des Verwaltungsrates der Stadt-Sparkasse befangen.

Weiterhin teilt sie mit, dass die anwesenden Mitglieder des Aufsichtsrates der Stadtwerke Haan GmbH zu TOP 26 „Vertragsangelegenheiten“ befangen sind und daher an der Beratung und Beschlussfassung nicht teilnehmen.

Weitere Befangenheitsmitteilungen liegen nicht vor.

3./ Fragerecht für Einwohner_innen

Protokoll:

Bgm'in Dr. Warnecke verweist auf eine vorliegende Einwohneranfrage bezüglich der aktuellen Höhe des Defizites des Haaner Krankenhauses.

Sie teilt hierzu mit, dass die Verwaltung hierüber keine Kenntnis habe. Man habe zwar bei den Beteiligten hierum gebeten, jedoch keine Antwort erhalten.

Weitere Anfragen liegen nicht vor.

4./ Einbringung Haushaltsplanentwurf 2024 Vorlage: 20/092/2023

Protokoll:

Bgm'in Dr. Warnecke sowie die Kämmerin StVD'in Abel halten zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfes 2024 ihre Reden (*siehe Ratsinformationssystem – TOP 4*).

Stv. Stracke frage sich mit Bezug auf die kommunale Selbstverwaltung, ob die Kommunen überhaupt noch großartig in der Lage seien, eigenverantwortlich zu handeln. Mit Blick auf die steigende Anzahl der auferlegten Aufgaben seitens des Bundes und des Landes, gepaart mit den sinkenden finanziellen Förderungen scheine ihm dies nicht so. Aus seiner Sicht könne man hier fast davon sprechen, dass dieses Handeln des Bundes und des Landes nicht verfassungsgemäß sei, was seitens der stark belasteten Kommunen auch deutlich so gezeigt werden müsse.

Stv. Lukat verweist auf die Mitteilung in der Rede der Bürgermeisterin, dass der Landschaftsverband seine erhöhten Personalkosten aufgrund von 400 neuen Stellen durch Erhöhung der Umlage gegenfinanziere. Sie frage sich, inwiefern die Städte oder der Kreis Einfluss auf den Verband habe, dass dieser von den zusätzlichen Stellen absehe.

Stv. Braun-Kohl führt hierzu aus, dass dieses Thema bereits in den entsprechenden Gremien angesprochen worden sei. Man müsse jedoch auch das Verhältnis betrachten. In Anbetracht, dass der Landschaftsverband ca. 20.000 Mitarbeitende habe, erscheinen 400 zusätzliche Stellen eher gering.

Stv. Rehm befürwortet es, dass sowohl von der Bürgermeisterin als auch der Kämmerin richtig erwähnt wurde, dass die Geflüchteten nicht die Ursache für die defizitäre finanzielle Situation seien, sondern die mangelnde Unterstützung durch den Bund und das Land.

Stv. Giebels verweist darauf, dass es eine Empfehlung des Landes an die Kommunen gegeben habe, die Einbringung der Haushalte zu verschieben, bis es Klarheit über die geplanten Gesetzesvorhaben gäbe. Eine Beratung des Haushaltes halte er daher aktuell noch für verfrüht.

Weiterhin merkt er an, dass es den fraktionslosen Mitgliedern des Rates erschwert werde, aktiv an den Haushaltsplanberatungen in den Fachausschüssen teilzunehmen.

Stv. Lukat entgegnet, dass jedes fraktionslose Ratsmitglied die Möglichkeit habe, den Sitzungen der Fachausschüsse, zumindest als Gast beizuwohnen. Auch Nachfragen zu einzelnen Punkten könnten im Vorfeld schriftlich eingereicht werden. Eine Erschwernis sehe sie daher nicht.

Stv. Ruppert hält den Einstieg in die Haushaltsplanberatungen in Anbetracht der geplanten gesetzlichen Vorhaben des Landes ebenfalls für verfrüht. Auch kritisiert er, dass die Schuld an der defizitären finanziellen Lage ausschließlich beim Bund und Land gesucht werde. Auch die Stadt Haan müsse sich hinterfragen, was sie selbst zu der aktuellen finanziellen Situation beigetragen habe. Als Beispiel verweist er hier auf den Stellenplan, welcher seit Jahren konsequente Stellenzuwächse beinhalte, was natürlich auch eine Steigerung der Personalkosten zur Folge habe. Hier müsse die Stadt ansetzen und mögliche Einsparungen diskutieren, da dies nicht nur einer der größten, sondern auch einer der Teile des Haushaltes seien, die die Stadt selbst beeinflussen könne.

Beschluss:

Der Entwurf der Haushaltssatzung 2024 mit ihren Anlagen wird zur Kenntnis genommen und zur Beratung an die Fachausschüsse verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

5./ Stellenplan der Stadt Haan für das Jahr 2024
Vorlage: 10/136/2023

Beschluss:

Der Stellenplan der Stadt Haan für das Jahr 2024 wird als Einbringung zur Kenntnis genommen und zur Beratung an die zuständigen Fachausschüsse verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

5.1. Stellenplan 2024

/ hier: Erhöhung eines Stellenanteils von 0,7 auf 1,0 für die Sachbearbeitung „Kita-Finanzierung“ im Stellenplan 2024
Vorlage: 10/137/2023

Beschluss:

Die ergänzende Vorlage zum Stellenplan der Stadt Haan für das Jahr 2024 wird als Einbringung zur Kenntnis genommen und zur Beratung an die zuständigen Fachausschüsse verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

5.2. Stellenplan 2024

/ hier: Aufnahme von drei Stellen Kita-Helfer_innen mit jeweils 0,8 VZÄ im Stellenplan 2024
Vorlage: 10/144/2023

Beschluss:

Die ergänzende Vorlage zum Stellenplan der Stadt Haan für das Jahr 2024 wird als Einbringung zur Kenntnis genommen und zur Beratung an die zuständigen Fachausschüsse verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

5.3. Stellenplan 2024

/ hier: Aufnahme einer Teilzeitstelle plusKita Fachkraft im Stellenplan 2024
Vorlage: 10/145/2023

Beschluss:

Die ergänzende Vorlage zum Stellenplan der Stadt Haan für das Jahr 2024 wird als Einbringung zur Kenntnis genommen und zur Beratung an die zuständigen Fachausschüsse verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

5.4. Stellenplan 2024

/ hier: Aufnahme einer Teilzeitstelle „Wirtschaftliche Erziehungshilfe“ im
Stellenplan 2024
Vorlage: 10/138/2023

Beschluss:

Die ergänzende Vorlage zum Stellenplan der Stadt Haan für das Jahr 2024 wird als Einbringung zur Kenntnis genommen und zur Beratung an die zuständigen Fachausschüsse verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

5.5. Stellenplan 2024

/ hier: Aufnahme einer Teilzeitstelle Verfahrenslotse_in gem. § 10b SGB VIII
im Stellenplan 2024
Vorlage: 10/143/2023

Beschluss:

Die ergänzende Vorlage zum Stellenplan der Stadt Haan für das Jahr 2024 wird als Einbringung zur Kenntnis genommen und zur Beratung an die zuständigen Fachausschüsse verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

5.6. Stellenplan 2024

/ hier: Aufnahme einer Teilzeitstelle „Case Management im Rahmen des Kommunalen Integrationsmanagements (KIM)“ im Stellenplan 2024 mit KW-Vermerk
Vorlage: 10/142/2023

Beschluss:

Die ergänzende Vorlage zum Stellenplan der Stadt Haan für das Jahr 2024 wird als Einbringung zur Kenntnis genommen und zur Beratung an die zuständigen Fachausschüsse verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

5.7. Stellenplan 2024

/ hier: Aufnahme einer Vollzeitstelle Telekommunikationstechniker:in im Stellenplan 2024
Vorlage: 10/139/2023

Beschluss:

Die ergänzende Vorlage zum Stellenplan der Stadt Haan für das Jahr 2024 wird als Einbringung zur Kenntnis genommen und zur Beratung an die zuständigen Fachausschüsse verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

5.8. Stellenplan 2024

/ hier: Aufnahme einer Vollzeitstelle für die Personalsachbearbeitung im Stellenplan 2024

Vorlage: 10/140/2023

Beschluss:

Die ergänzende Vorlage zum Stellenplan der Stadt Haan für das Jahr 2024 wird als Einbringung zur Kenntnis genommen und zur Beratung an die zuständigen Fachausschüsse verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

5.9. Stellenplan 2024

/ hier: Aufnahme einer Teilzeitstelle Lohn- und Bezügesachbearbeitung im Stellenplan 2024

Vorlage: 10/141/2023

Beschluss:

Die ergänzende Vorlage zum Stellenplan der Stadt Haan für das Jahr 2024 wird als Einbringung zur Kenntnis genommen und zur Beratung an die zuständigen Fachausschüsse verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

5.1 Stellenplan 2024

0./ hier: Erhöhung der Stellenanteile bzw. Einrichtung zusätzlicher Stellen an den OGS-Standorten Don-Bosco-Schule und GGS Gruitzen sowie Einrichtung von 2 Praxis Integrierten Ausbildungsstellen für den Erzieher_innen Beruf (PiA) für beide städtischen OGS-Standorte

Vorlage: 10/146/2023

Beschluss:

Die ergänzende Vorlage zum Stellenplan der Stadt Haan für das Jahr 2024 wird als Einbringung zur Kenntnis genommen und zur Beratung an die zuständigen Fachausschüsse verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**6./ Bericht über die finanzielle Lage zum 30.09.2023
Vorlage: 20/090/2023**

Beschluss:

Die Informationen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**7./ Information zur Schuldenentwicklung
Vorlage: 20/096/2023**

Beschluss:

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**8./ Hebesatzanpassung - Grundsteuer
Vorlage: 20/098/2023**

Beschluss:

Die Vorlage wird als Einbringung zur Kenntnis genommen und zur weiteren Beratung in die nächste Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses mit anschließender Beschlussfassung im Rat verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

8.1. Hundesteuersatzung 2024

/ Vorlage: 20/100/2023

Beschluss:

Die Vorlage wird als Einbringung zur Kenntnis genommen und zur weiteren Beratung in die nächste Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses mit anschließender Beschlussfassung im Rat verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

9./ Beratung und Beschluss einer Resolution für den Erhalt des Krankenhauses in Haan

hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 25.09.2023

Beschluss:

Die von der CDU-Fraktion beantragte Resolution des Rates wurde bereits im Anschluss an den Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses per Dringlichkeitsentscheidung auf den Weg gebracht. Eine erneute Beschlussfassung zum Antrag der CDU-Fraktion vom 25.09.2023 durch den Rat ist daher nicht notwendig.

**9.1. Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 1 Satz 3,
/ GO NRW
hier: Beschluss einer Resolution des Rates der Stadt Haan zum Erhalt des
Haaner Krankenhauses
Vorlage: 10/147/2023**

Protokoll:

Bgm'in Dr. Warnecke teilt mit, dass die Resolution des Rates Teil der Sondersitzung des Kreisausschusses und des Gesundheitsausschusses des Kreises Mettmann am kommenden Donnerstag sei.

Beschluss:

Die mit Datum vom 18.10.2023 gem. § 60 Abs. 1 S. 2 GO NRW getroffene Dringlichkeitsentscheidung (*Anlage*) wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**9.2. Übernahme des Krankenhauses Haan in kommunale Trägerschaft
/ hier: Dringlichkeitsantrag des Stv. Giebels (Bürgerunion Haan) vom
15.10.2023**

Protokoll:

Bgm'in Dr. Warnecke teilt mit, dass der Rat der Stadt Hilden einen ähnlichen Antrag abgelehnt habe.

Stv. Giebels ergänzt, dass dies darauf zurückzuführen sei, dass die Verhandlungen mit dem potenziellen neuen Träger des Hildener Krankenhauses nicht gestört werden sollen. Für Haan gäbe es jedoch keinen Interessenten, weshalb dies Ausgangslage hier eine andere sei. Der Antrag diene dazu, in einen Prüfungsprozess zu kommen, um belastbare Zahlen und Daten zu erhalten, um dem Kreis und vor allem dem Land aufzuzeigen, dass die Stadt Haan nicht in der Lage sei, das Krankenhaus zu übernehmen, um so im Sinne der Sicherstellung der Krankenversorgung der örtlichen Bevölkerung, das Land möglicherweise zum Handeln zu bringen.

Stv. Lukat führt aus, dass man sich in der Diskussion mit Blick auf die Beratung im Haupt- und Finanzausschuss im Kreis drehe. Nach § 1 Abs. 3 des Krankenhausgestaltungsgesetzes NRW (KHGG NRW) bedürfe es keines Prüfauftrages, da hier per Gesetz eine Übernahme durch die Stadt Haan aufgrund der aktuellen finanziellen Lage der Stadt ausgeschlossen sei. Die Sondersitzung des Kreises kommenden Donnerstag sei für die Sache viel entscheidender, da die SPD dort einen Prüfauftrag zur Übernahme durch den Kreis beantragt habe.

Stv. Giebels entgegnet, dass aktuell nicht konkret gesagt werden könne, ob die Stadt Haan in der Lage sei oder nicht, da hierzu belastbare Zahlen fehlen. Daher sein Antrag, um diese zu bekommen.

Stv. Rehm weist darauf hin, dass der Antrag der SPD im Kreis nicht das Krankenhaus in Haan beinhalte. Bezüglich des hier vorliegenden Antrages sei man sich zwar sicher, dass eine Übernahme durch die Stadt Haan ausgeschlossen sei, jedoch werde die GAL für den Antrag stimmen, um ein Zeichen zu setzen.

Stv. Stracke beantragt eine Sitzungsunterbrechung, um den Mitgliedern des Rates die Gelegenheit zu geben, sich zu dem Antrag auszutauschen.

Bgm'in Dr. Warnecke unterbricht daraufhin die Sitzung von 18:30 bis 18:45 Uhr.

Stv. Giebels stellt im Anschluss einen geänderten Beschlussvorschlag gem. Absprache aller Fraktionen und fraktionslosen Ratsmitglieder vor.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Haan bittet die Gremien des Kreistages, den Landrat zu beauftragen, mit dem Sachverwalter und dem Insolvenzverwalter der Kplus-Gruppe zu prüfen und darüber zu verhandeln, ob das Haaner Krankenhaus schnellstmöglich, jedenfalls ab dem 01.02.2024 in kommunaler Trägerschaft fortgeführt werden kann.
2. Der Rat der Stadt Haan bittet, die Bürgermeisterin der Stadt Haan hieran zu beteiligen.
3. Der Rat der Stadt Haan bittet den Landrat des Kreises Mettmann die Öffentlichkeit und den Rat der Stadt Haan über die Ergebnisse der Prüfung zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**9.3. Aufstellungsbeschluss Änderung Bebauungsplan Nr. 16 und Erlass einer
/ Veränderungssperre
hier: Dringlichkeitsantrag des Stv. Giebels (BU Haan) vom 16.10.2023**

Protokoll:

Bgm'in Dr. Warnecke teilt mit, dass die von Stv. Giebels beantragten Möglichkeiten auf dem Krankenhausgelände auch bereits mit dem bestehenden Bebauungsplan möglich seien und daher eine Planerfordernis nicht vorliege. Das Ziel am Standort des Krankenhauses lediglich Einrichtungen für medizinische und pflegerische Zwecke zuzulassen sei bereits jetzt schon gesichert. Die Verwaltung sieht den Antrag daher als obsolet an bzw. empfehle diesen abzulehnen.

Stv. Giebels entgegnet, dass nicht alles vom bestehenden Bebauungsplan abgedeckt sei. Beispielsweise sei bereutes Wohnen nicht unter einem Krankenhaus zu subsumieren. Ebenso sei die Möglichkeit eines Alten- und Pflegeheimes nicht erfasst. Falls das Krankenhaus zum 01.02.2024 schließe sei der Bebauungsplan inhaltlich leer und damit nach Baurecht nichtig. Daher beantrage er eine entsprechende Vorlage im Dezember, um der Stadt hier mehr Möglichkeiten zu bieten.

Bgm'in Dr. Warnecke führt aus, dass hierzu gerne nochmal eine Diskussion im Fachausschuss geführt werden könne. Eine Wohnbebauung sei jedoch bereits durch den bestehenden Plan ausgeschlossen.

Stv. Lukat schließt sich, stellvertretend für die WLH-Fraktion, der Verwaltungsmeinung an und plädiert ebenfalls für eine Beratung im Fachausschuss.

Stv. Lemke für die CDU sowie **Stv. Dürr** für die SPD schließen sich dem ebenfalls an.

Stv. Giebels stimmt einer Verweisung seines Antrages in die nächste Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Bau (SPUBA) zu.

Beschluss:

Der Antrag des Stv. Giebels (Bürger für Haan – Bürgerunion) vom 16.10.2023 wird zur weiteren Beratung in die nächste Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Bau (SPUBA) verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

9.4. Direkterwerb der Immobilie Landesfinanzschule / hier: gemeinsamer Dringlichkeitsantrag von WLH, GAL, CDU, SPD und FDP vom 23.10.2023

Protokoll:

Stv. Lukat streicht heraus, dass das Grundstück sowie die Immobilie der ehemaligen Landesfinanzschule nicht nur wichtig für die Unterbringung von Geflüchteten sei, sondern auch für die Mitarbeitenden der Verwaltung sowie das Ehrenamt. Es gehe darum einen gewissen Druck auf den Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW (BLB) aufzubauen.

Stv. Rehm erläutert, dass die GAL sich schon für eine ergebnisoffene Verhandlung ausspreche, jedoch solle als klare Prämisse der Direkterwerb durch die Stadt Haan an erster Stelle stehen.

Stv. Dürr teilt mit, dass sich alle Beteiligten durchaus bewusst seien, dass der Antrag nicht mehr als eine politische Willensbekundung ohne Bindungswirkung sei, jedoch sei es wichtig hier ein entsprechendes Signal an das Land und den BLB zu senden.

Stv. Giebels führt aus, dass bisher alles am BLB abpralle und sich das Land und der BLB davor scheuen wird, hier einen Präzedenzfall zu schaffen. Dennoch befürworte er die Zielrichtung des Antrages. Er regt jedoch aus verhandlungstaktischen Gründen an, den Verkaufspreis unter 10% des eigentlichen Wertes unter Ziffer 3 des Beschlussvorschlages herauszustreichen, da eine solche Forderung für die Verhandlungen nicht hilfreich seien.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, ihr Interesse an einem Direkterwerb des Grundstücks, der Immobilie ehemalige Landesfinanzschule gem. § 15 Abs. 3 a HHG dem BLB, dem Finanzministerium erneut gegenüber mitzuteilen.
2. Der Rat der Stadt fordert die Landesregierung auf, dem Direkterwerb der Liegenschaft der Landesfinanzschule nach § 15 Abs. 3 a) zuzustimmen. Die interne Vorgabe „weit überwiegend“ sollte gestrichen werden, so dass vorübergehende kommunale Nutzung (Nutzung für Beschäftigte der Stadtverwaltung, aber auch Räume für das Ehrenamt) und „Flüchtlingsunterbringung“ auf der Liegenschaft möglich sind.
3. Die Verwaltung wird beauftragt zum Grundstückspreis an das BLB, Land NRW mitzuteilen, dass die Stadt Haan eine ihr übertragene Pflichtaufgabe, die Unterbringung von Geflüchteten dort erfüllen möchte und daher ersucht, dass das Grundstück 10 % unter Wert an die Stadt Haan vom BLB, Land NRW verkauft wird, da die Kosten aus Asyl regelmäßig sich nicht durch Erträge durch Asyl decken lassen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**10./ Stopp der Errichtung der Polizeiwache an der Kaiserstraße
hier: Antrag der GAL-Fraktion vom 11.09.2023**

Protokoll:

1. Bgo. Herz verweist auf die Nachfrage aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses bezüglich der genauen Kosten, welche bisher für das Projekt angefallen seien. Hierzu teilt sie mit, dass am Ende der Leistungsphase 2 bereits 567.596,93 Euro ausgezahlt wurden. Weitere zu leistende Verpflichtungen beliefen sich auf 786.652,76 Euro. Insgesamt ergebe sich so eine Gesamtsumme von 1.354.249,69 Euro. Hier seien jedoch die zu aktivierenden Eigenleistungen des Projektleiters im Gebäudemanagement noch nicht eingepreist.

Bgm'in Dr. Warnecke ergänzt, dass Gespräche mit dem Landrat zur Anpassung des Mietzinses in kürze geführt würden.

Stv. Lukat bittet um eine kurze Sitzungsunterbrechung um die Zahlen entsprechend einzuordnen.

Bgm'in Dr. Warnecke unterbricht daraufhin die Sitzung von 19:15 bis 19:17 Uhr und weist im Anschluss noch daraufhin, dass es denkbar sei, dass der Kreis Schadensersatz wegen Nichterfüllung eines bestehenden Vertrages gegen die Stadt Haan geltend machen könnte, sofern das Projekt gestoppt werde.

Stv. Lukat streicht heraus, dass es nicht Aufgabe der Stadt sei, eine Bezirksdienstwache für den Kreis zu errichten. Mit Verweis auf die zur Einbringung des Haushaltes vorgestellten Zahlen der Kämmerei könne sich die Stadt dieses Projekt nicht leisten, weshalb die WLH-Fraktion für den Antrag der GAL stimmen werde.

Stv. Lemke spricht sich, stellvertretend für die CDU-Fraktion, für die Wache aus. Das Projekt müsse jedoch auch für die Stadt wirtschaftlich sein, weshalb eine Nachverhandlung mit dem Kreis bezüglich des Mietzinses dringend geboten sei.

Stv. Rehm führt aus, dass die genannten 1,3 Millionen Euro für den Abbruch des Bestandsgebäudes angefallen seien und insofern aktuell noch keinen Verlust darstellen. Er frage sich, was passiere, wenn die Nachverhandlungen zum Mietzins scheitern sollten und streicht erneut heraus, dass es sich für die Stadt hier um eine freiwillige Aufgabe handele. Grundsätzlich sei es eine Pflichtaufgabe des Kreises.

1. **Bgo. Herz** plädiert dafür, das Projekt auf jeden Fall noch bis zur Kostenschätzung weiterlaufen zu lassen, da man eh kurz davor sei. So könnten in eine entsprechende Sitzungsvorlage sowohl die Zahlen der Kostenschätzung als auch das Ergebnis der Verhandlungen mit dem Kreis zum Mietzins einfließen. Ob dies jedoch noch während der Haushaltsplanberatungen vorgelegt werden könne, könne sie nicht zusagen.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt sich dafür einzusetzen das Neubauprojekt Polizeiwache an der Kaiserstraße zu stoppen.
2. Es sind Gespräche mit dem Landrat des Kreises Mettmann aufzunehmen, um zu klären, wie das unwirtschaftliche Projekt für die Stadt Haan beendet werden kann.
3. Das freiwerdende Grundstück kann verkauft werden.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt
13 Ja / 20 Nein / 2 Enthaltungen

11./ Neubau des Rathauses der Stadt Haan mit Räumen der VHS und Stadtarchiv Vorlage: 65/055/2023

Beschlussvorschlag gem. Antrag GAL-Fraktion:

Es ist ein alternativer Standort mit der Möglichkeit einer zweckmäßigen Grundrissgestaltung für den Rathausneubau mit VHS zu prüfen, der geringere Investitionen erwarten lässt.

Beschlussvorschlag gem. Antrag CDU-Fraktion:

Der HFA beschließt den Verzicht aller Fraktionen auf Besprechungsräume und Fraktionsbüros im Rathausneubau, um die Kosten des Gesamtprojektes weiter zu reduzieren.

Beschlussvorschlag gem. Beratung:

1. Der Rat der Stadt Haan nimmt die Kostenschätzung des Gesamtinvestitionsvolumens (ohne Grundstückskosten, Maßnahmen Windhövelplatz und Einmündungen Kaiserstraße, Umzüge, Möblierung, IT-Ausstattung und TK Endgeräte) in Höhe von 68,82 Mio € für die Umsetzung der Bauaufgabe auf Grundlage der Beschlusslage zur Kenntnis.
2. Die Verwaltung wird beauftragt einen Wirtschaftlichkeitsvergleich zwischen den von der Verwaltung neu vorgeschlagenen zwei Neubauvarianten (Variante-1: drei Baukörper plus Sanierung historisches Rathaus; Variante-2: zwei Baukörper plus Sanierung historisches Rathaus) mit der Variante-0 (Sanierung aller Verwaltungsstandorte plus Mietkosten) unter Berücksichtigung der Nachhaltigkeitsbeschlüsse des Rats vorzunehmen.

Abstimmungsergebnisse:**zum Antrag der GAL-Fraktion:**

mehrheitlich abgelehnt

5 Ja / 29 Nein / 1 Enthaltung

zum Antrag der CDU-Fraktion:

einstimmig beschlossen

29 Ja / 0 Nein / 6 Enthaltungen

zum Beschlussvorschlag gem. Beratung:**zu Nr. 1**

zur Kenntnis genommen

zu Nr. 2

einstimmig beschlossen

30 Ja / 0 Nein / 5 Enthaltungen

**12./ Vorbereitung einer Förderantragstellung des Kreises Mettmann im Bundesprogramm „Modellprojekte zur Stärkung des ÖPNV“ hier: Kostenübernahmeerklärung und „Letter of Intent“ (LOI) der Stadt Haan
Vorlage: 61/082/2023**

Beschluss:

Aufgrund der Absage des Bundesamtes für Logistik und Mobilität zur Förderskizze des Kreises Mettmann für eine Förderung nach der Förderrichtlinie „Modellprojekte zur Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs“ ist keine weitere Abstimmung in den politischen Gremien der kreisangehörigen Städte notwendig.

Ein Beschluss des Rates der Stadt Haan zu diesem Sachverhalt entfällt daher, weshalb der TOP im von der Tagesordnung genommen wurde.

**13./ Antrag des Jugendparlaments vom 24.04.2023: Änderung des § 9 der Ordnungsbehördlichen Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in der Stadt Haan vom 11.02.1999
Vorlage: II/050/2023**

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Haan beschließt die Änderung des § 9 Abs. 3 der Ordnungsbehördliche Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in der Stadt Haan vom 11.02.1999 in der z. Zt. geltenden Fassung mit folgendem neuen Wortlaut (*Änderungen kursiv formatiert*):

„Der Aufenthalt auf den Kinderspiel- und Bolzplätzen ist nur tagsüber bis zum Einbruch der Dunkelheit erlaubt, *soweit nicht durch Beschilderung eine andere Uhrzeit festgelegt ist.*“

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die im Sachverhalt aufgeführten, vom Jugendparlament angeregten Jugendorte im Rahmen der Erstellung des nächsten Spielflächenleitplanes einer Überprüfung zu unterziehen und geeignete Jugendorte mit einer klaren Definition entsprechend zu deklarieren.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**14./ Neubau der Gemeinschaftsgrundschule Unterhaan
hier: Freigabe des Raumkonzepts
Vorlage: 40/043/2023**

Beschluss:

- 1./ Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen
- 2./ Die Verwaltung wird beauftragt, für die Planung des Neubaus der GGS Unterhaan auf Basis des in dieser Vorlage vorgestellten und als Anlage beigefügten Raumbedarfs von einer dreizügigen Grundschule auszugehen. Das sind in einem ersten Schritt die Vergabeverfahren für die juristische Beratung, die Generalplanung und die Projektsteuerung sowie die sich anschließende Leistungsphase 3 HOAI, und zwar die Entwurfsplanung mit Kostenberechnung. Im Haushalt 2023 stehen hierfür Mittel in Höhe von 484.883,79 € zur Verfügung, die ins Jahr 2024 zu übertragen sind.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**15./ Anschaffung von Defibrillatoren für Haaner Schulen
Antrag der CDU-Fraktion vom 25.04.2023
Vorlage: 40/042/2023**

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, für alle Haaner Schulen je einen Defibrillator zu beschaffen. Mit potenziellen Spendern sollen Gespräche über eine Finanzierung geführt werden. Falls der Finanzierungsbedarf nicht vollständig gedeckt werden kann, werden die restlichen Mittel für das Haushaltsjahr 2023 überplanmäßig bereitgestellt bzw. im Haushalt 2024 eingeplant.

Für die regelmäßigen Nutzer der jeweiligen Gebäude wird eine Einweisung angeboten.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen
26 Ja / 8 Nein / 1 Enthaltung

16./ Bericht über die Seniorengerechte Quartiersentwicklung
Vorlage: 50/022/2019/14

Beschluss:

Der Sachstandsbericht wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

17./ Gebührensatzung städtische Unterkünfte
Vorlage: 50/027/2023

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Haan beschließt unter dem Vorbehalt des Prüfungsergebnisses des Rechnungsprüfungsamtes die Gebührekalkulation der Unterkunftsgebühren für die Unterkünfte für ausländische Flüchtlinge, Obdachlose und Spätaussiedler gemäß der Anlagen 1 a) bis 1c) für den Zeitraum vom 01.01.2024 bis 31.12.2026.
2. Die Satzung der Stadt Haan über die Errichtung, Unterhaltung und Benutzung der Unterkünfte für Flüchtlinge, Obdachlose und Spätaussiedler (Übergangswohnheime und Einzelwohnungen in Wohngebäuden) vom 11.07.2017 mit dem anliegenden Gebührenverzeichnis (Anlagen 2 und 2a) in der Fassung der Satzung vom 25.07.2023 unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Rechnungsprüfungsamtes wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

18./ Überholverbot für einspurige Fahrzeuge auf der Bahnhofstraße
hier: Antrag der FDP-Fraktion vom 27.09.2023

Protokoll:

Stv. Ruppert erläutert den Antrag der FDP-Fraktion vom 27.09.2023.

Stv. Endereß kritisiert, dass der Antrag nicht bereits zur Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Mobilität (UMA) gestellt worden sei, so dass im Fachausschuss eine entsprechende Diskussion hätte geführt werden können.

Der Leiter des Tiefbauamtes, **VA Mering** erläutert, dass man aktuell in Diskussion mit dem Straßenbaulastträger sei. Es gäbe eine Anordnung der Straßenverkehrsbehörde, welche vom Straßenbaulastträger umgesetzt werden müsse, außer wenn es keine gesetzliche Vorgabe wie bspw. keinen verkehrgefährlichen Punkt gäbe.

Er betont, dass nie die Rede davon gewesen sei, ein entsprechendes Überholverbot für die gesamte Straße auszusprechen, jedoch gäbe es einige Gefahrenpunkte für Radfahrer auf der Bahnhofstraße. Es werde aktuell lediglich über punktuelle Überholverbote an eben diesen Gefahrenstellen besprochen, jedoch könne dies im Fachausschuss näher diskutiert werden.

Stv. Ruppert begrüßt eine Diskussion des Themas im Fachausschuss und stimmt einer Verweisung des FDP-Antrages in den UMA zu.

Beschluss:

Der Antrag wird zur Beratung in die nächste Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Mobilität (UMA) verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

19./ Änderung der Hauptsatzung der Stadt Haan

Beschluss:

Der Rat der Stadt Haan beschließt folgende Änderung der Hauptsatzung

„§ 6 der Hauptsatzung

(1) Der Rat der Stadt wählt auf 8 Jahre eine/einen Beigeordnete/ Beigeordneten.

(2) Diese/dieser ist allgemeiner Vertreter des Bürgermeisters/der Bürgermeisterin.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

23 Ja / 0 Nein / 11 Enthaltungen / 1 nicht teilgenommen

20./ Jahresüberschuss der Stadt-Sparkasse Haan aus dem Geschäftsjahr 2022
Vorlage: 20/095/2023

Beschlussvorschlag gem. mündlichem Antrag der GAL-Fraktion:

„Gemäß § 25 SpkG i.V.m. § 8 Abs. 2 Buchstabe g) SpkG wird auf den ausschüttungsfähigen Gewinn der Stadt-Sparkasse Haan aus dem Geschäftsjahr 2022 in Höhe von 150.527,00 € verzichtet. Der übrige ausschüttungsfähige Gewinn der Stadt-Sparkasse Haan in Höhe von 250.000,01 € wird an die Stadt Haan ausgeschüttet.

Gem. § 25 Abs. 1 Buchstabe c) SpkG ist der Bilanzgewinn in Höhe von 150.527,00 € der Sicherheitsrücklage zuzuführen.“

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt
7 Ja / 28 Nein / 0 Enthaltungen

Beschluss gem. Vorlage:

„Gemäß § 25 SpkG i.V.m. § 8 Abs. 2 Buchstabe g) SpkG wird auf den ausschüttungsfähigen Gewinn der Stadt-Sparkasse Haan aus dem Geschäftsjahr 2022 in Höhe von 400.527,01 € verzichtet.

Gem. § 25 Abs. 1 Buchstabe c) SpkG ist der volle Bilanzgewinn in Höhe von 400.527,01 € der Sicherheitsrücklage zuzuführen.“

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen
25 Ja / 9 Nein / 1 Enthaltung

21./ Entlastung der Sparkassenorgane der Stadt-Sparkasse Haan für das
Geschäftsjahr 2022
Vorlage: 20/094/2023

Protokoll:

Stv. Mentrop übernimmt aufgrund seiner Funktion als 1. stellvertretender Bürgermeister und der Befangenheit der Bürgermeisterin in der Sache die Sitzungsleitung zu diesem TOP. Er verliest den Beschlussvorschlag und lässt im Anschluss hierüber abstimmen.

Beschluss:

Dem Verwaltungsrat und dem Vorstand der Stadt-Sparkasse Haan wird für das Geschäftsjahr 2022 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen
21 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen / 14 befangen

Die ordentlichen und stellvertretenden Mitglieder des Verwaltungsrates der Stadt-Sparkasse Haan (Rheinl.) haben an der Beratung und Beschlussfassung aufgrund ihrer Befangenheit nicht teilgenommen.

22./ Neubesetzung von Ausschüssen

Beschluss:

Den vorgelegten Anträgen auf Neubesetzung von Ausschüssen der Graf Recke Stiftung vom 02.08.2023 sowie der SPD-Fraktion vom 24.10.2023 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

23./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

1. Bgo. Herz verweist auf die vorliegende Anfrage der WLH-Fraktion vom 21.10.2023 bezüglich der Schließung der Turnhallen zur Unterbringung von Geflüchteten und teilt hierzu mit, dass die Verwaltung ebenfalls verhindern wolle, Turnhallen schließen zu müssen. Daher sei man gerade intensiv auf der Suche nach Alternativen, da die Stadt aktuell nur noch 33 freie Unterbringungsplätze habe. Die meisten Standorte kommen leider nicht in Frage, weshalb sie nicht versprechen könne, alle Turnhallen offenhalten zu können. Dies werde jedoch versucht mit allen Mitteln zu verhindern. Gleichzeitig möchte die Stadt jedoch ihren Teil zur Unterbringung beitragen und die Geflüchteten möglichst gut unterbringen. Dies gestalte sich für die Stadt jedoch zunehmend schwieriger, weil viele Aufgaben nicht refinanziert seien und die Unterkünfte teilweise in einem schlechten Zustand seien.

Stv. Günther bittet um eine Einzelaufstellung der bisherigen Kosten des Bauprojektes der Polizeiwache in Haan zu Protokoll.

Einzelaufstellung der bisherigen Kosten des Bauprojektes der Polizeiwache:

Bezeichnung	Summe Aufträge (inkl. Nachträge)	Bisherige Auszahlungen (Stand 19.10.2023)	Noch zu leistende Verpflichtung en (offene Restsumme Aufträge)
Abbruchkosten (inkl. externer Ingenieurleistungen)	799.663,11 €	540.727,98 €	258.935,13 €
Planungsleistungen Neubau Polizeiwache	445.891,70 €	6.308,71 €	439.582,99 €
Jur. Projektmanagement Neubau Polizeiwache	51.051,00 €	19.102,49 €	31.948,51 €
Vermessungsleistungen etc.	57.643,88 €	1.457,75 €	56.186,13 €
SUMME	1.354.249,69 €	567.596,93 €	786.652,76 €

Weitere Anfragen liegen nicht vor.

24./ Mitteilungen

Protokoll:

Es liegen keine Mitteilungen vor.

